

02. November 2006

Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze

Zur Forderung von Arbeitsministerin Ziegler, Mindestlöhne einzuführen, äußert sich der Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der FDP Brandenburg, Heinz Lanfermann: Die Einführung von gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen lehnt die FDP Brandenburg strikt ab. Wirtschaftlich vernünftige Löhne müssen auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt auch erwirtschaftet werden können.

Die Einführung eines Mindestlohns hätte insbesondere in Brandenburg fatale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Es würden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Gegenteil, bestehende Arbeitsplätze würden dadurch gefährdet. Denn viele Arbeitgeber, insbesondere im Mittelstand, können die staatlich festgelegten Mindestlöhne nicht zahlen und würden dadurch in ihrer Existenz bedroht. Die Folge wären Entlassungen und noch mehr Arbeitslose.

Wenn die Politik etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun kann, dann in erster Linie durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, sowie die Senkung der Lohnnebenkosten. Diese Maßnahmen hätten eine wesentlich bessere arbeitsmarktpolitische Wirkung als die Panikmache mancher Sozialpolitiker durch die Forderung nach Mindestlöhnen.